

Parteien vor der Wahl



„Angenommen, Ihre Partei stellt nach der Wahl die Regierung oder ist an der Regierung beteiligt ...“ Unter diesem Motto haben die im Bundestag vertretenen Parteien exklusiv den Nachrichten aus der Chemie und dem Physik Journal zwölf Fragen zu forschungspolitischen Themen beantwortet. Hier sind die Pläne der Wahlkämpfer, teilweise gekürzt und sortiert nach der Sitzordnung im Bundestag von rechts nach links, von der FDP zur PDS. Die vollständigen Texte stehen im Internet (www.gdch.de/nch).

Nachrichten aus der Chemie: **Welche Prioritäten werden Sie in der Forschungspolitik setzen?**

FDP: Forschungs- und Technologiepolitik muss den Rahmen für Innovationen, damit für Arbeitsplätze, für nachhaltiges Wachstum und Strukturwandel abstecken. Deutschland muss, will es seine Führungsposition in Europa halten, der Forschungsförderung höheres Augenmerk schenken. Hierzu ist ein klares Konzept nötig.

CDU/CSU: Forschung und Entwicklung ist zunächst Aufgabe der Wirtschaft. Der Staat muss für Innovationen der Unternehmen die Rahmenbedingungen setzen und sich auf die Grundlagenforschung, die Förderung langfristiger, risikobehafteter Projekte und die Vorsorgeforschung konzentrieren, bei der es zunächst um den Schutz der Gesundheit und der natürlichen Lebensgrundlagen geht.

Vorrang muss die Vergabe von Forschungsmitteln im Wettbewerb haben. Bei der institutionellen Förderung muss die Zusammenarbeit mit den Hochschulen gestärkt werden. Außerdem sind weitere Anstrengungen erforderlich, den Wettbewerb zwischen den Großfor-

schungseinrichtungen und anderen Instituten, z. B. der Blauen Liste, zu stärken. Wettbewerb setzt größere Freiräume beim Einsatz finanzieller und personeller Ressourcen voraus.

Bei der Projektförderung müssen gemeinsame Projekte von Hochschulen, außeruniversitären Einrichtungen und der Wirtschaft bevorzugt werden. Der Technologietransfer funktioniert dann am besten, wenn der Austausch von F+E-Personal zur Regel wird.

Bündnis90/Die Grünen: Bündnisgrüne Forschungspolitik versucht, Probleme frühzeitig zu erkennen und zu ihrer Lösung beizutragen. Zugleich versucht sie zu verhindern, dass Forschung Probleme verstärkt oder gar erst auslöst.

Daher werden wir uns für die erneute Stärkung von Technikfolgenabschätzung und Friedensforschung einsetzen. Umwelt- und Lärmschutzforschung, Forschung für Biolandbau, nachwachsende Rohstoffe, alle Formen erneuerbarer Energien, Energieeffizienztechnologien, insbesondere Brennstoffzellen sowie für umweltschonendere Verkehrssysteme, werden wir nochmals ausbauen. Dabei setzen wir nicht nur auf Technologie. Ohne die Erkenntnisse der Sozial- und Geisteswissenschaften laufen selbst

die besten Ansätze Gefahr, an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt vorbeientwickelt zu werden.

Wir wollen die Chancen der Nanotechnologie ergreifen, mögliche Risiken frühzeitig erkennen und vermeiden. Töten von Embryonen für die Forschung und Klonen lehnen wir ab. Tierversuche wollen wir weiter reduzieren.

Wir wollen den Anteil der Frauen in Bildung und Forschung erhöhen. Darüber hinaus gilt es, die Forschungslandschaft zu demokratisieren und jüngeren Wissenschaftlern mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten zu geben.

SPD: Nachdem in den 90er Jahren die Forschungsausgaben stark zurückgegangen waren, haben wir nach dem Wahlerfolg von 1998 den Trend umgekehrt. So ist der entsprechende Etat seitdem um 21 Prozent gewachsen. Zudem haben wir die überfälligen Reformen an den Hochschulen eingeleitet. In den nächsten Jahren wollen wir noch stärker dazu beitragen, unsere Forschung den internationalen Konkurrenzbedingungen besser anzupassen und unser Land besser auf die Wissensgesellschaft einzustellen. Dabei wollen wir sowohl die Breite wie die Spitze fördern.



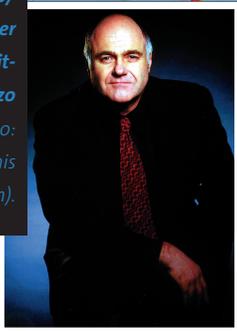


Für die PDS: der Fraktionsvorsitzende Roland Claus (Foto: PDS-Fraktion).

Für die SPD: Michael Müller, im SPD-Fraktionsvorstand zuständig für Forschung, Bildung und Umwelt (Foto: SPD-Fraktion).



Für Bündnis 90/Die Grünen: der Fraktionsvorsitzende Rezzo Schlauch (Foto: Fraktion Bündnis 90/die Grünen).



Für die FDP: der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt (Foto: FDP-Fraktion).



Für die Union: der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Fraktion Gerhard Friedrich (Foto: CDU/CSU-Fraktion).



PDS: Die PDS strebt an, die Forschung zu fördern, die zu mehr Lebensqualität, neuen Arbeitsplätzen, nachhaltigem Wachstum und Sicherung der Existenzgrundlagen führt. Deshalb ist es wichtig, Bereichen wie Gesundheit, Vorsorge, nachhaltige Entwicklung, erneuerbare Energien, Verkehrsbeschränkung, Sozial- und Friedensforschung mehr Geld zur Verfügung zu stellen, auch durch Umverteilung, z.B. aus der Förderung militärischer oder Großindustrieforschung.

Das Prinzip der engeren Verknüpfung öffentlich geförderter Forschung mit privater Wirtschaft wollen wir abschaffen.

Nachrichten: Welche Bedeutung werden Sie den Basisdisziplinen Chemie und Physik gegenüber der Biotechnologie geben?

FDP: Den Basisdisziplinen Physik, Chemie und Biologie messen wir große Bedeutung bei. In den Naturwissenschaften brauchen wir mehr Studierende.

CDU/CSU: Chemie und Physik liefern das Grundwissen für die meisten Forscher im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften. Ihre Förderung ist unverzichtbar und er-

folgt auch in Zukunft in erster Linie in den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft, in internationalen Forschungsorganisationen und an den Hochschulen. Eine Abgrenzung gegenüber der Biotechnologie ist nicht sinnvoll, weil dort stärker interdisziplinär gearbeitet wird. Wie bei vielen Zukunftstechnologien kommt es darauf an, Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, von Forschungsinstituten und der Wirtschaft zusammenzuführen.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir werden problemlösungsorientierte Prioritäten setzen. Sofern Chemie besser zur Problemlösung beitragen kann, sollten chemieorientierte Ansätze den Zuschlag bekommen. Bei allen Ansätzen – egal ob chemisch, physikalisch oder biotechnisch muss der größtmögliche gesellschaftliche Nutzen erreicht werden.

SPD: Ohne eine solide und nachhaltige Ausbildung in den Basisbereichen Chemie und Physik wird es keine gute Entwicklung in anderen Bereichen geben. Wir legen Wert darauf, dass es zu einer starken Vernetzung und Interdisziplinarität kommt. Wir halten nichts davon, Wissenschaften nur kurzatmig anzulegen. Beides muss zusammen bleiben: Öffnung zu neuen Feldern

und solide Pflege der Basisbereiche. Hier leisten auch die Fachverbände von Chemie und Physik gute Arbeit.

PDS: Vorrangige Förderung, d. h. bei gleichzeitiger Vorsorge gegenüber möglichen Risiken, soll den Leistungsstandard der Biotechnologie für Anwendungen in der Medizin, im Ernährungs- und Umweltbereich sichern.

Die PDS möchte sich nicht auf Proportionen in der Förderung aller drei Forschungsbereiche festlegen lassen. Die Forschung in Physik und Chemie würde von uns weiter gefördert, sie sollte nicht hinter die Biotechnologie zurückfallen. Die PDS unterstützt die enger werdende Verflechtung zwischen den Disziplinen, weist aber der Technikfolgenabschätzung als Förderungsschwerpunkt besonderes Gewicht zu.

Nachrichten: Wie wird sich der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung entwickeln?

FDP: Wenn die FDP Regierungsverantwortung übernimmt, wird der Anteil der Bildungsausgaben erhöht, Investitionen in Bildung und Forschung werden in den öffentlichen Haushalten Vorrang bekommen.



CDU/CSU: Diese Frage lässt sich zur Zeit nicht abschließend beantworten. Nur in der Regierung kann festgestellt werden, welche Risiken der Entwurf des Haushalts für 2003 enthält. Wir werden die Ausgaben für Bildung und Forschung immer überproportional steigern, halten aber nichts von vollmundigen Versprechungen im Wahlkampf.

Bündnis 90/Die Grünen: Der BMBF-Haushalt muss weiterhin deutlich ansteigen. Für 2003 ist bereits eine Steigerung auf 9,3 Mrd. Euro vorgesehen.

SPD: Wir haben den Niedergang gestoppt. In den nächsten Jahren soll der Etat kontinuierlich ausgebaut werden. Wir halten an dem Ziel der Verdopplung der Ausgaben für Forschung und Bildung fest.

PDS: Wir werden auch in der nächsten Wahlperiode für die Erhöhung des BMBF-Etats eintreten. Die öffentliche Hand muss wieder mindestens 5,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung investieren. Der ab 2005 erwartete Rückgang der Schülerzahlen darf kein Vorwand für Einsparungen im Bildungsressort sein. Geld ist genug da – wenn wir Steuergeschenke für Reiche rückgängig machen, Steuerschlupflöcher stopfen, die Arbeitslosigkeit bekämpfen, Rüstungsausgaben reduzieren, statt für neue Auslandseinsätze der Bundeswehr zu rüsten.

Nachrichten: Welche Bedeutung wird die Förderung der reinen Grundlagenforschung verglichen mit der angewandten Forschung haben?

FDP: Die Kritik des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, Peter Gruss, dass ohne eine verlässlichere finanzielle Förderung und eine Steigerung der Zuschüsse ein Stopp innovativer Forschungsprogramme drohe, muss ernst genommen werden.

CDU/CSU: Die Förderung der reinen Grundlagenforschung ist zunächst Sache der Hochschulen, der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Deshalb brauchen diese Institutionen eine verlässliche Finanzbasis.

Bündnis 90/Die Grünen: Da die Wirtschaft als Mittelgeber ausfällt, ist bei der Grundlagenforschung der Staat gefordert, damit die Wissensbasis der Menschheit verbreitet werden kann. Aber auch wenn es um langfristige Umsetzung geht, wie bei der Vorlaufforschung, muss der Staat in Vorleistung treten, weil für die Wirtschaft Investitionen in diesem Stadium zu riskant sind. Der Staat sollte sich auf Projekte konzentrieren, die besonderen gesellschaftlichen Nutzen versprechen und bei denen dieses Ziel ohne staatliche Förderung nicht erreichbar ist.

Es ist Aufgabe des Staates, besonders sinnvolle und zukunftssträchtige

◆ Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) zum Thema Grundlagenforschung:

„Die chemiebezogene Grundlagenforschung soll intensiviert werden, vorzugsweise auf Feldern mit hohem Innovationspotenzial. Dabei sollen Leistungsbezug und Wettbewerbsorientierung bei der Mittelvergabe sicher gestellt werden.“

Techniken wie die Sonnenenergie in den Markt einzuführen.

Empfänger staatlicher Mittel sollten primär diejenigen sein, bei denen alternative Kapitalbeschaffung kaum möglich ist. Hierzu zählen vor allem Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie kleine, junge Unternehmen.

SPD: Wir sehen mit Sorge, dass durch die internationalen Konkurrenzzwänge die Grundlagenforschung an Bedeutung gegenüber der angewandten Forschung verlieren kann. Die Verwirtschaftlichung der Wissenschaft kann zu einer Bedrohung für die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft werden. Deshalb muss die öffentliche Hand mit dazu beitragen, die Grundlagenforschung zu schützen. Dabei arbeiten wir mit den bewährten Organisationen zusammen. Diesem Ziel dient auch die Neuordnung der Forschungsgesellschaften.

PDS: Staatliche Förderung der Grundlagenforschung ist eine Notwendigkeit, der nicht genügend Rechnung getragen wird. Engere Verzahnung von Grundlagenforschung und anwendungsbezogener Forschung ist zu unterstützen. Wir wollen uns aber den Forderungen der Wirtschaft widersetzen, den Anteil der Aufwendungen für praxisbezogene Forschung auf Kosten der Grundlagenforschung zu verändern.

Einen „Forschungsmarkt“, mehr Wettbewerb in den einzelnen Forschungsbereichen und Umwandlung von Forschungsanstalten in „Forschungsunternehmen“ ist mit uns nicht zu machen.

Nachrichten: Wie werden Sie F+E in kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere in den neuen Bundesländern, fördern?

FDP: Die Mittel des Bundes, z. B. 90 Mio. Euro für industrielle Gemeinschaftsforschung, entsprechen nicht der Bedeutung dieses Forschungsbereichs. Das Rahmenkonzept des BMBF „Forschung für die Produktion von morgen“ ist ein ge-



eigneter Ansatz, der weiterer Qualifizierung bedarf.

Unternehmen setzen Forschungsergebnisse schnell in Produkte und Fertigungsverfahren um. Hierfür sind Transferstellen an den Hochschulen zu schaffen, und ihre langfristige Finanzierung ist sicher zu stellen. Durch frühzeitige Integration der Wirtschaft in den Planungs- und Vergabeprozess von Forschungsmitteln ist das Interesse der Unternehmen zu fördern.

CDU/CSU: Aus Privatisierungserlösen des Bundes werden wir eine Existenzgründer- und Innovationsoffensive in den neuen Bundesländern einleiten. Zum Ausbau der Gründerförderung wird die Beratung von Existenzgründern und die Bereitstellung von Risikokapital intensiviert werden. Im Rahmen der Innovationsförderung sind die in Ostdeutschland vorhandenen Forschungs- und Entwicklungspotentiale in kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken sowie die Vernetzung dieser Unternehmen mit

der industrienahen Forschung an Hochschulen und ForschungsgmbHs auszubauen (Gemeinschaftsforschung). Darüber hinaus müssen überregionale Absatzmärkte für ostdeutsche Produkte und Dienstleistungen besser erschlossen werden.

Bündnis 90/Die Grünen: Wichtig für uns ist die Stärkung der industriellen Gemeinschaftsforschung, die Ausschreibung von Forschungswettbewerben und die Gestaltung der ökonomischen Rahmenbedingungen. Universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollen Anreize erhalten, mit kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere in den neuen Bundesländern, zusammen zu arbeiten. Neue Forschungseinrichtungen sollten – soweit unter dem Gesichtspunkt der Exzellenz sinnvoll – in den neuen Bundesländern angesiedelt werden.

SPD: Wir bereiten eine Verwertungsoffensive für Klein- und Mittelbetriebe vor. Der bessere, unbürokratischere und schnellere Transfer ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Innovationen. Erste Schritte wurde durch die Finanzierung aus UMTS-Mitteln erreicht. Das soll ausgebaut werden, und zwar nicht nur von den Hochschulen in die Unternehmen, sondern auch Erfindungen und Neuerungen aus der Wirtschaft selbst. Hinzu kommt auch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen wie beim deutschen und europäischen Patentrecht.

PDS: Ein neues Konzept für die Überwindung der prekären Lage der KMU in Ostdeutschland ist erforderlich. Dazu gehören:

- Innovationsfördermaßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitaldecke in technologieorientierten Unternehmen,
- Erhöhung des Fördervolumens für den Mittelstand,
- ein Sonderprogramm für die Entwicklung der Industrieforschung in den neuen Bundesländern, das wichtige Technologiebereiche von der F+E über die Produktion bis zur Markteinführung fördert.

Am 22. September ist Frühlingsanfang.



CDU

Nachrichten: Was sind Ihre Prioritäten und Ziele in der Energieforschung?

FDP: Die Sicherung des Hochtechnologiestandortes Deutschland ist für die FDP eine vordringliche Aufgabe, die stabile Energieversorgung fordert.

Das System der Ökosteuern, die Dauersubventionierung bestimmter erneuerbarer Energien, der Kernenergieausstieg und die Einengung der Energieforschung belasten die Volkswirtschaft und gefährden den Wohlstand. Jede Erfolg versprechende Technik zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Energiebereitstellung muss voran getrieben werden. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet dürfen nicht weiter hinter dem Niveau anderer führender Volkswirtschaften zurückbleiben. Wir folgen

◆ **Der VCI zum Thema Forschungsförderung und Mittelstand:**

„Der Mittelstand der chemischen Industrie erwartet keine spezielle Mittelstandspolitik, sondern die Verbesserung der Rahmenbedingungen, insbesondere durch Entbürokratisierung, Steuerentlastung, ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten, Reduzierung der Regelungsdichte im Umweltbereich und Beseitigung von Hemmnissen im Steuerrecht für Start-up-Unternehmen.“

Außerdem sollen Start-up-Gründungen in Hightech-Chemiefeldern und nicht nur im Biotech-Bereich gefördert werden. Die Rahmenbedingungen für raschen Know-how-Transfer von der Wissenschaft in die Industrie sind zu sichern.“



Foto: Merck



den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, der eine schrittweise Steigerung der Ausgaben vorsieht.

In der Weiterentwicklung der Brennstoffzellentechnologie sehen wir eine herausragende Aufgabe. Defiziten bei der Brennstoffzellenforschung ist entgegenzuwirken. Die Optimierung der Wasserstofftechnologie ist voranzutreiben.

Die Sicherheitsforschung für die Kernenergie ist verstärkt zu fördern, um den Strahlenschutz zu verbessern und die Entsorgung zu sichern. In der kerntechnischen Grundlagenforschung ist das Wissenschaftlerpotenzial zu erhalten, da deutsche Kompetenz unverzichtbar ist. Langfristige Forschung und Entwicklung zur Erschließung der Kernfusion als Primärenergiequelle ist zu sichern.

Voraussetzung dafür, dass sich nachhaltige Energieerzeugung zu einer Standardtechnik entwickeln kann, ist eine geeignete Energiespeichertechnik. Die derzeit bekannten Verfahren sind wirtschaftlich unbefriedigend. Verstärkte Forschung ist deshalb notwendig.

Bei Energietransport, -wandlung und -nutzung sehen wir zentrale Themen in der Verbesserung von Verbrennungsmotoren, in der optimierten Produktion alternativer Kraftstoffe (Wasserstoff, Methanol, Ethanol, synthetische Kohlenwasserstoffe) vor allem mit regenerativer Energie und Kernenergie sowie im Transport.

Beim Bauen sehen wir die Forschungsschwerpunkte im effizienten Einsatz von Wärmeenergie, der Solarenergienutzung sowie optimierter Leit- und Haustechnik.

CDU/CSU: Eine langfristig angelegte Forschung und Entwicklung muss einen entscheidenden Beitrag für eine nachhaltige Energiepolitik liefern. Entscheidend ist, dass wir uns alle Optionen offen halten. Niemand ist heute schon in der Lage, den künftigen Energiemix vorherzusehen. Die rückläufige Entwicklung der staatlichen Energieforschungsförderung werden wir stoppen. Die Forschungsförderung in Deutschland darf hier nicht länger hinter den Anstrengungen anderer Länder zurückbleiben.

Besondere Schwerpunkte werden wir bei den erneuerbaren Energien, der Kernfusion, der Weiterentwicklung fossiler Kraftwerkstechnologien, der Entwicklung innovativer Systeme zur Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit, den Wasserstoff-/Brennstoffzellentechnologien und beim rationellen Einsatz von Energie setzen.

Die Entwicklung aller Technologien muss an dem Ziel orientiert werden, Klimagas und damit vor allem CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Wir wollen auch den Energiebedarf des Verkehrssektors und die dabei anfallenden Umweltbelastungen reduzieren. Wir sehen die Brennstoffzelle auf der Basis von Wasserstoff oder Methanol/Erdgas und Wasserstoffmotoren als zukunfts-trächtige Optionen an, die den Verbrennungsmotor als Antriebstechnik schrittweise ablösen können.

Markteinführungshilfen sind nur dort vertretbar, wo erneuerbare Energien in absehbarer Zeit wirtschaftliche sein werden.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Mittelverschwendung für Kernfusion muss beendet werden. Wir konzentrieren die Energieforschung auf erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung bei der Energieumwandlung und Energieeinsparung. Dabei werden dezentrale Systeme, die gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen, neben regenerativen Energiequellen zunehmend eine Rolle spielen. Die Mittel für die nicht-nukleare Energieforschung müssen weiter aufgestockt werden.

SPD: Unsere Prioritäten in der Energieforschung heißen Effizienzrevolution und erneuerbare Energien. Wir haben dazu in den letzten vier Jahren die Fördermittel ständig erhöht. Dies findet weltweit zunehmende Beachtung und hat schon heute wertvolle Impulse für neue Produkte und mehr Beschäftigung gegeben. Dabei gehen wir von der Leitidee einer nachhaltigen und umweltverträglichen Energieversorgung aus. Das oberste Ziel heißt: Mit immer weniger Energie auszukommen und die Abhängigkeit von den fossilen und atomaren Brennstoffen schrittweise zu überwinden.

PDS: Wir sind für ein forschungspolitisches Konzept des Bundes zur Durchsetzung regenerativer Energien. Das heißt auch, dezentrale Energieversorger zu unterstützen.

Wir würden den Strukturwandel in den Max-Planck-Instituten in Garching und Greifswald sowie dem Forschungszentrum Karlsruhe hin zu Forschungen für Energiequellen aus regenerativen Energien durch Politik und BMBF fördern und begleiten.

Nachrichten: Welche Klimaschutzziele werden Sie verfolgen und mit welchen Maßnahmen erreichen?

FDP: Nach Auffassung der FDP soll der Emissionshandel genutzt werden, denn es geht darum, Treibhausgasemissionen so kostengünstig wie möglich zu vermeiden. Dabei muss bewusst bleiben, dass aktive Klimaschutzpolitik ökonomische Anreize zu vernünftigem Umgang mit fossilen Energierohstoffen setzen kann. Deren verschwenderische Nutzung sollte nicht fortgesetzt werden. Erneuerbare Energieträger sollen langfristig einen höheren Anteil an der Energieversorgung haben. Da ihre Konkurrenzfähigkeit in einem nicht subventionierten Markt derzeit nicht oder nur an guten Standorten gegeben ist, brauchen wir hier eine Effizienzrevolution. Die FDP hält an Förderung der Forschung in diesem Bereich fest. Die Mittelvergabe soll



hier durch Ausschreibungswettbewerbe und damit wirtschaftlich und transparent erfolgen.

Die ökologischen und ökonomischen Chancen, die moderner Klimaschutz Entwicklungs- und Schwellenländern bietet, dürfen nicht verspielt werden. Durch den weltweiten Handel mit Emissionszertifikaten wird auch für die weniger entwickelten Länder die Möglichkeit erschlossen, Beiträge zum Klimaschutz zu leisten sowie aktiv und in eigener Verantwortung am Welthandel teilzunehmen.

CDU/CSU: Wir wollen den Klimaschutz im Sinne des Kyoto-Protokolls voranbringen und setzen auf Energiesparen, rationelle Energieverwendung und die zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien. Auf die Kernenergie kann in absehbarer Zeit nicht verzichtet werden. Große Sparpotentiale bestehen zur Zeit im Bereich der Wärmedämmung von Altbauten. Diese Ziele wollen wir vor allem durch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente erreichen.

◆ Der VCI zum Thema Klimaschutz:

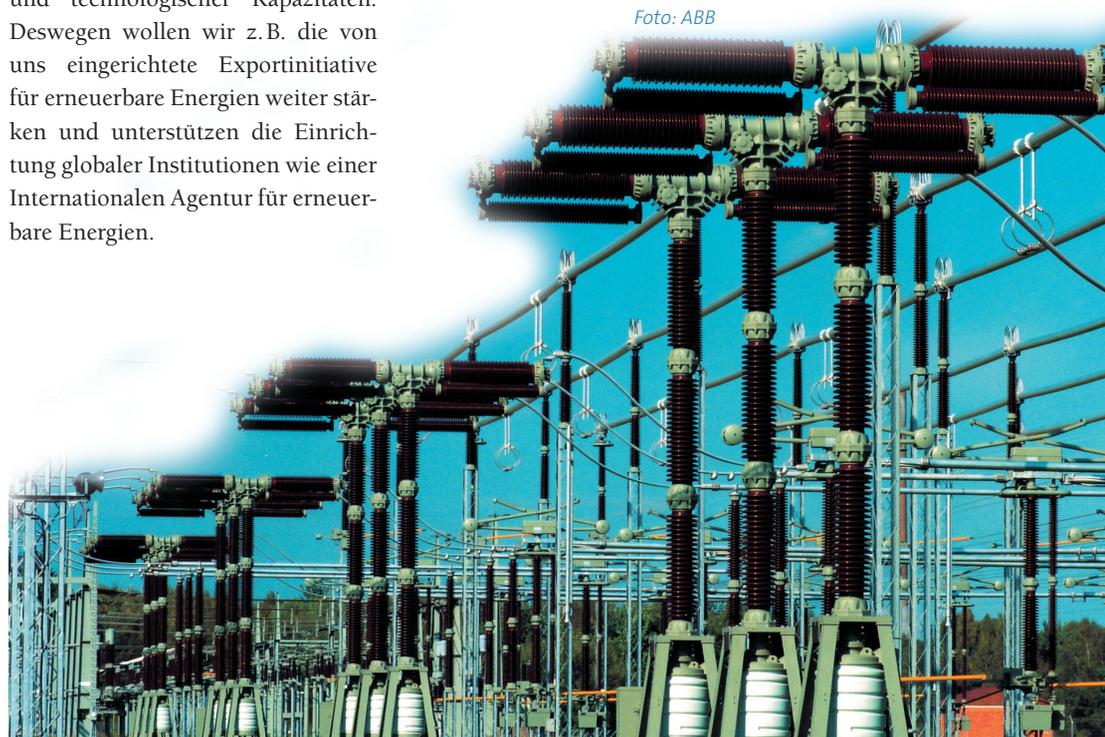
„Die chemische Industrie setzt auf Verbesserung der Energieeffizienz zur Erreichung des Klimaschutzziels. Die deutsche chemische Industrie hat mit Energieeinsparmaßnahmen ihre CO₂-Emissionen seit 1990 im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung um mehr als 30 Prozent reduziert. Für uns ist bis zum Ablauf der Klimavereinbarung die Selbstverpflichtung das einzige, richtige und erfolgreiche Instrument zur Erreichung der Klimaschutzziele. Wir sind gegen Ökosteuern und gegen ein unternehmensbezogenes Emissions-Trading. Der geplante Emissionshandel würde für die deutsche Chemie erhebliche Wettbewerbsnachteile bringen.“

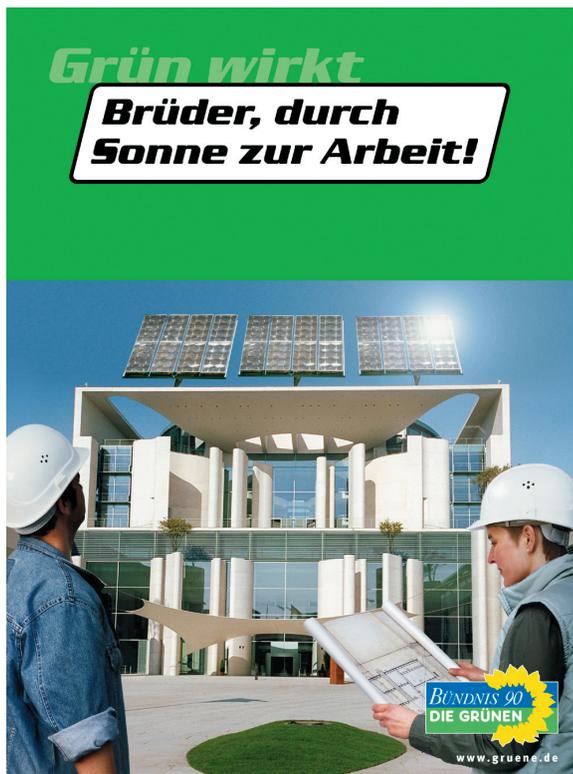
Bündnis 90/Die Grünen: Eine der zentralen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode besteht darin, dass Deutschland sein Klimaschutzziel für 2005 erreicht. Parallel dazu müssen wir neue gesellschaftliche Ziele für den Klimaschutz formulieren. Deshalb werden wir das nationale Klimaschutzprogramm weiterentwickeln und Grundlagen für die weitere Absenkung der Treibhausgase auch langfristig legen: Weiterentwicklung der Ökosteuer, Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen wie Flugbenzin, Steinkohle u.a., Förderung von Klimaschutzinvestitionen bei Gebäuden, erneuerbaren Energien, Energieeffizienz etc. Auf EU-Ebene werden wir uns an der Ausgestaltung der Emissionshandelsrichtlinie beteiligen und den Emissionshandel in Deutschland für die Industrie einführen. Darüber hinaus treten wir für eine Harmonisierung von Energiesteuern und internationale Nutzungsentgelte für den Flugverkehr ein.

In Entwicklungsländern besteht die große Chance, den wachsenden Energiebedarf durch Aufbau und Förderung einer dezentralen und auf erneuerbaren Energien basierenden Versorgung zu befriedigen. Dafür bedarf es umfassender und rascher Transferpolitik und der Bereitstellung finanzieller, institutioneller und technologischer Kapazitäten. Deswegen wollen wir z.B. die von uns eingerichtete Exportinitiative für erneuerbare Energien weiter stärken und unterstützen die Einrichtung globaler Institutionen wie einer Internationalen Agentur für erneuerbare Energien.



SPD: Wir halten an dem Ziel einer Reduktion der wärmestauenden CO₂-Gase um 25 Prozent bis zum Jahr 2005 und um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 fest. Hier sind bereits wichtige Erfolge erreicht worden, wobei wir an den bewährten Instrumenten von der Selbstverpflichtung bis zu ökologischen Preisimpulsen festhalten wollen. Den Klimaschutz sehen wir als wichtigen Baustein für eine ökologische Modernisierung. Effiziente und solare Technologien sind die große Chance für unsere und die europäische Volkswirtschaft, auf wichtigen Zukunftsmärkten





Nachrichten: Mit welchen Maßnahmen werden Sie Physik und Chemie in Schule und Hochschule attraktiver gestalten?

FDP: Wir wollen das Interesse an den Naturwissenschaften bereits in der Schule wecken. Neben Mathematik müssen mindestens zwei naturwissenschaftliche Fächer in der Sekundarstufe II belegt werden. Ein Drittel der Unterrichtszeit ist für Mathematik und Naturwissenschaften vorzusehen.

Die FDP setzt sich für eine Kampagne zur Ausstattung der Schulen mit modernen Geräten für die Naturwissenschaften ein. Die Initiative „Schullabor 2005“ soll bis 2005 erreichen, dass die Ausstattung unserer Schulen mit Geräten und Verbrauchsmaterial für den naturwissenschaftlichen Unterricht europaweit einen Spitzenplatz einnimmt. Dazu ist eine Öffnung der Schulgesetze gegenüber dem Sponsoring durch die Wirtschaft notwendig.

Zur Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Profils an Schulen hat die FDP einen von Bund und Ländern finanzierten bundesweiten Wettbewerb gefordert. Der für die Prämierung der zehn besten mathematisch-naturwissenschaftlich ausgerichteten Schulen ausgelobte Preis soll den Gewinnern ein Preisgeld von 250 000 Euro bringen. (vgl. diese Nachr. S. 963; A. d. Red.)

CDU/CSU: Diese Frage richtet sich weniger an den Bund als an die Länder. Der Bund wird hier durch Förderung von Modellprogrammen und Pilotprojekten Initialzündungen geben, die von den Ländern umgesetzt werden müssen.

Bündnis 90/Die Grünen: Der naturwissenschaftliche Unterricht bedarf der Verbesserung. Reformmodelle für den naturwissenschaftlichen Unterricht müssen flächendeckend umgesetzt werden. Strikte Rahmenpläne werden wir auf Bundesebene nicht auflegen.

Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich für eine stärkere Autonomie der

Bildungseinrichtungen ein. Dies bedeutet, dass wir zwar die Ergebnisse des Bildungsprozesses festlegen wollen, nicht jedoch den Weg dorthin. Von Bundesebene werden wir keine Vorschriften für die Gestaltung einzelner Unterrichtsfächer vorlegen.

SPD: Die Bundesregierung hat unter Federführung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, bereits verschiedene Initiativen und Modellversuche in dieser Richtung ergriffen. Aber auch mit dem Jahr der Physik oder dem Jahr der Lebenswissenschaften konnten zahlreiche Veranstaltungen für junge Menschen initiiert werden, um das Interesse an entsprechenden naturwissenschaftlichen Fächern zu verstärken. Die Forschungseinrichtungen des Bundes bieten wie viele Universitäten verstärkt Veranstaltungen und Laboröffnungen für Schulen an. Diese Angebote müssen konzeptionell noch weiter verfeinert und ausgeweitet werden.

PDS: Die PDS fordert eine umfassende Bildungsreform, die die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler garantiert. Welchen Stellenwert Physik und Chemie an den Schulen haben, können in unserem föderalistischen Bildungssystem weder Bundestag noch Bundesregierung entscheiden. Dies ist nach Auffassung der PDS auch nicht erforderlich: Durch eine Bildungsreform lie-

ten führend zu sein. Deshalb drängen wir auch darauf, dass es zu mehr Zusammenarbeit und Verbindlichkeit in der EU kommt. Der Testfall ist hierbei die Ausgestaltung der Europäischen Richtlinie für einen Emissionshandel.

PDS: Die PDS unterstützt das Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2005 um 25 Prozent zu senken, bis 2020 um 40 und bis 2050 um 80 Prozent. Emissionshandel und die Anrechnung von so genannten CO₂-Senken müssen verhindert werden. Neben Energieeinsparung sind Energieeffizienz und der Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen. Ein Ausstieg aus der Atomwirtschaft würde dies fördern. Im Verkehrsbereich sind Lkw-, Pkw- und Flugverkehr zu reduzieren. Eine neu zu gestaltende ökologische Steuerreform ist ein wichtiges Instrument, um den CO₂-Ausstoß zu vermindern. Eine Besteuerung der Primärenergieträger nach Kohlenstoffgehalt kann der Volkswirtschaft klarere Signale geben als Mineralöl- und Stromsteuer. Sie muss sozial gerecht sein und deutlich weniger Ausnahmen zulassen als gegenwärtig.



◆ Parteiprogramme im Internet

Die Positionen und Programme der Parteien nicht nur zu Forschung und Bildung stehen im Internet:

- regierungsprogramm.spd.de
- www.cdu.de/regierungsprogramm/
- www.gruen-wirkt.de/
- www.fdp-bundesverband.de/buergerprog.phtml
- www.pds2002.de

ße sich Vermittlung naturwissenschaftlicher Kompetenzen optimieren. Wichtig ist, dass gerade für Chemie und Physik an allen Schulen Fachlehrer und -Lehrerinnen zur Verfügung stehen.

Die PDS fordert eine Stärkung der Autonomie der Hochschulen. Damit sind zentralstaatliche Vorgaben für das Studienangebot an Hochschulen nicht vereinbar. Die PDS spricht sich für einen nachfrageorientierten Ausbau von Studienplätzen aus. Dies gilt auch für ausstattungsintensive Fächer wie Physik und Chemie. In den Studiengängen, in denen Studentinnen unterrepräsentiert sind, bedarf es spezieller Programme zur Steigerung der Attraktivität des Studiums für junge Frauen.

Nachrichten: Mit welchen finanziellen Mitteln können die Hochschulen rechnen?

FDP: Die FDP wird den Anteil der Bildungsausgaben erhöhen und gibt Investitionen in Bildung und Forschung Vorrang in den öffentlichen Haushalten. Die FDP tritt für eine Änderung der Hochschulfinanzierung ein. Die Höhe der staatlichen Zuschüsse soll sich auch nach der Anzahl der Studenten richten, die die Hochschule besuchen, nach Fächern differenziert. Die Mittel jeder Hochschule werden künftig zum Teil von Forschungs- und zum Teil von Bildungsleistungen abhängen.

CDU/CSU: Diese Frage können wir nicht beantworten, weil die Grundfinanzierung der Hochschulen eine Angelegenheit der Länder ist. Der Bund wird in vielen Bereichen unterstützend tätig z. B. bei der Hochschulbauförderung, an der sich der Bund zur Hälfte beteiligt, der Projektförderung des Bundes und der Forschungsfinanzierung über die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die zu einem großen Teil den Hochschulen zu Gute kommt. Es liegt an den Hochschulen selbst, in welchem Umfang sie durch überzeugende Anträge Mitteln im Rahmen der Projektförderung einwerben können.

Bündnis 90/Die Grünen: In den letzten vier Jahren hat die rot-grüne Bundesregierung die Bildungsausgaben um 21,5 Prozent gesteigert. Diesen Trend wollen wir auch in den nächsten vier Jahren fortsetzen.

SPD: Nach jahrelanger Stagnation hat die rot-grüne Bundesregierung den Hochschulbau kräftig aufgestockt. Mit fast 1,2 Milliarden Euro pro Jahr hat dieser Bereich im Haushalt einen neuen Höchststand erreicht. Die Projektfördermittel des Bundes wurden um fast 50 Prozent aufgestockt. Hiervon profitieren gerade auch die Universitäten.

PDS: Die PDS fordert die Aufstockung und Fortschreibung des bundländerfinanzierten Hochschul - Wissenschafts - Programms. Mehr Investitionen in die Hochschulen setzen voraus, dass die Finanzkraft der Länder gestärkt wird. Um den derzeitigen Generationenwechsel bei den Hochschullehrern nutzen zu können, ist eine zügige Umsetzung der Hochschulreform geboten. Die PDS fordert ein Programm, das über die Sachausstattung hinaus für eine Übergangszeit die Personalkosten der flächendeckend einzurichtenden Juniorprofessuren abdeckt.

Nachrichten: Wie wird die Hochschule weiterentwickelt?

FDP: Leitlinie der FDP ist die Freiheit der Hochschule. Die bürokratischen Tendenzen der Wissenschaftsministerien der Länder müssen zurückgedrängt werden. Wir wollen, dass den Hochschulen umfassende Kompetenzen für Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen übertragen werden. Grundsätzlich soll dies auch für Studiengebühren gelten. Allerdings soll die Erstausbildung für jeden Studierenden durch das Bildungsgutschein-System durch die öffentliche Hand finanziert werden. Jede Hochschule muss ihr Profil selbst bestimmen können.

Die FDP begrüßt die Einführung des Juniorprofessors. Zugleich erkennt sie an, dass verschiedene Fakultäten nicht auf die Habilitation verzichten wollen.

Die FDP setzt sich für einen eigenständigen Wissenschaftstarifvertrag ein.

CDU/CSU: Wir verfolgen das Ziel, dass wieder mehr deutsche Hochschulen in Forschung und Lehre international zu einer ersten Adresse werden. Wir werden den



Wettbewerb zwischen den Hochschulen (z. B. durch Profilbildung) fördern, auf kürzere Studienzeiten hinwirken und die Internationalisierung weiter verfolgen. So müssen die Abschlüsse deutscher Hochschulen international kompatibel sein.

Die Fehler des rot-grünen Hochschuldienstrechts, vor allem die faktische Abschaffung der Habilitation, werden wir korrigieren. Wir wollen die Zuständigkeiten von Bund und Ländern im Hochschulrahmengesetz zugunsten der Länder und von mehr Wettbewerb stärker entflechten. Die Diskussion über die künftige Finanzierung der Hochschulen muss im Hinblick auf das Ziel von mehr Wettbewerb weitergeführt werden. Eine ernsthafte Debatte über neue Wege der Bildungsfinanzierung muss BAföG, Bildungssparen, Bildungsdarlehen, einkommensabhängige Rückzahlung von Darlehen im Hinblick auf Gebühren sowie Freiplätze für Begabte und Bedürftige einbeziehen. Mehr Wettbewerb bedeutet auch, dass sich die Studierenden ihre Hochschule und die Hochschulen ihre Studierenden selbst aussuchen können.

Bündnis 90/Die Grünen: Für die nächsten vier Jahre haben wir uns folgende Ziele gesetzt:

Allen Bildungseinrichtungen soll mehr inhaltliche, personelle und finanzielle Autonomie gewährt werden. Komplementär dazu muss sich der Staat für die Einhaltung von Qualitätsstandards und transparente Evaluationsverfahren einsetzen. Die Beratung soll verstärkt werden, da es gerade bildungsfernen Schichten schwer fällt, den richtigen Studienort und Studiengang zu wählen.

Wir wollen die Bildungsfinanzierung weiter reformieren. Wir wollen den Einstieg in die elternunabhängige Finanzierung des Studiums und über Bildungsgutscheine die Nachfrageorientierung der Bildungsfinanzierung erreichen. Hochschulen müssen als Orte der Weiterbildung ausgebaut und ihre Internationalisierung muss forciert werden.

Wir wollen, dass mehr Frauen Führungspositionen in Wissenschaft und Forschung übernehmen. Deshalb werden wir uns für die Vergabe von Forschungsgeldern für Gender-Studies einsetzen und bei den personenbezogenen Programmen auf eine Frauenquote achten.

SPD: Studiengebühren erteilen wir bis zum höchstmöglichen Abschluss eine entschiedene Absage. Studiengebühren wirken unsozial und schrecken vor einem Studium ab. Mit der Dienstrechtsreform, den Bachelor- und Masterstudiengängen sowie dem Zuwanderungsgesetz haben wir den Weg für eine weitere Internationalisierung und Stärkung unserer Hochschulen frei gemacht und Verkrustungen aufgebrochen. Mit 180 Millionen Euro wird die Einrichtung von rund 3000 Juniorprofessuren unterstützt. Wir haben eine flexible leistungsabhängige Komponente in die Professorenbesoldung eingeführt, um auch hier die Anreize zu steigern und die Flexibilität der Hochschulen zu erhöhen. Künftig werden wir verstärkt zusätzlich Kompetenzzentren fördern.

PDS: Die PDS fordert, die Gebührenfreiheit des Studiums ohne Wenn und Aber zu sichern. An Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind neben befristeten unbefristete Stellen für Daueraufgaben einzurichten. Durch verbindliche Vorrangregelungen, Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten und ein Bund - Länder - Sonderprogramm „Frauen in Hochschule und Forschung“ ist die paritätische Besetzung von Professorenstellen und Leitungsfunktionen mit Frauen und Männern durchzusetzen.

Die PDS unterstützt das Ziel, die Befristung von Arbeitsverträgen in Hochschule und Forschung einzudämmen. Es käme aus Sicht der PDS darauf an, Gewerkschaften und Arbeitgebern die Möglichkeit zu geben, die Modalitäten für die Befristung von Arbeitsverhältnissen auszuhandeln.

Die PDS begrüßt das Anliegen einer Leistungsorientierung von Hochschullehrerinnen und -lehrern, auch wenn wir kritisieren, dass die Bundesregierung am Beamtenstatus festgehalten hat.

Ausländische Studierende müssen bei der Hochschulzulassung und der Ausbildungsförderung mit Inländern gleichgestellt werden. Die Politik muss die internationale Mobilität in- und ausländischer Studierender sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterstützen. Neue, internationale Abschlüsse können zu einem vielfältigen Studienangebot beitragen, wenn die Durchlässigkeit zwischen den Studienabschnitten und Hochschulen gewährleistet ist.

Nachrichten: Wie werden Sie nach den Jahren der Physik und der Chemie den Dialog der Wissenschaftler mit der Öffentlichkeit weiter unterstützen?

FDP: Wir können uns vorstellen, die Ingenieurwissenschaften zu einem Schwerpunktthema zu machen, um so auf die Bedeutung dieses Bereichs für die moderne Gesellschaft hinzuweisen.

◆ Der VCI fordert in der Bildungspolitik:

- die Stärkung und den früheren Beginn eines kontinuierlichen mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts,
- mehr Finanzmittel für Schulen, und Hochschulen,
- Abschaffung der zentralen Studienplatzvergabe,
- mehr Autonomie für die Hochschulen,
- flexiblen Zugang zum Hochschullehrerberuf,
- Studiengebühren im Falle des Überschreitens der Regelstudienzeit um vier Semester.



CDU/CSU: Eine neue unionsgeführte Bundesregierung wird weitere Aktivitäten im Dialog mit der Wissenschaft festlegen.

Ungeachtet der Unterstützung durch den Staat ist es Aufgabe der Forscher selbst, in der Öffentlichkeit für mehr Akzeptanz für bewährte (Kernenergie) oder neue Technologien (z. B. grüne Gentechnik, Kernfusionsforschung) zu werben.

Jahr der
Chemie
2003

Bündnis 90/Die Grünen: Der in diesen Jahren angestoßene Dialog sollte auf breite, kontinuierliche Basis gestellt werden: Öffentliche Ereignisse, wie Kongresse, Fernsehdiskussionen, Mediendarstellung, Bürgerforen, offene Türen der Forschungsinstitute und vieles mehr sollten dezentral viele BürgerInnen. Staatliche Unterstützung, auch finanzieller Art, sollte gegeben werden.

SPD: Ein Land wie Deutschland mit seinen großen naturwissenschaftlichen Traditionen muss sein Erbe pflegen. Dazu bedarf es eines offenen und innovativen Klimas. Wir wollen dazu sowohl durch unsere Arbeit in Parlament und Regierung als auch durch das Wissenschaftsforum der SPD unseren Beitrag leisten. Wissenschaft, Forschung und Technik werden wir weiter aufwerten, da sie entscheidende Grundlagen für eine gute Zukunft liefern.

PDS: Die PDS unterstützt „Wissenschaft im Dialog“ und ist auch bereit, das Jahr der Chemie zu unterstützen.

Es ist nicht möglich und nicht notwendig, alle Zweige der Naturwissenschaften mit Gedenkjahren zu ehren. Wir sind aber bereit, über weitere Veranstaltungen in Kooperation mit Verbänden nachzudenken.

Redaktion: Frauke Zbikowski

Ein Briefwechsel zum Thema

◆ Sehr geehrter Herr Dr. Westerwelle,

nicht erst seit Bekanntwerden der Ergebnisse der PISA-Studie beobachtet die Gesellschaft Deutscher Chemiker mit zunehmender Sorge die Abnahme der Attraktivität naturwissenschaftlicher Fächer in unseren Schulen und den damit einhergehenden Rückgang an Studienanfängern in den entsprechenden Fächern.

Nach wie vor scheinen naturwissenschaftliche Kenntnisse nicht Teil des allgemein akzeptierten Wissenskanons zu sein, obgleich die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Wirtschaft und Wissenschaft maßgeblich von der guten Ausbildung unseres Nachwuchses – gerade im naturwissenschaftlichen Bereich – determiniert wird. Unter diesen Gesichtspunkten hat uns Ihre Äußerung:

„Das Sinnloseste, was ich je gelernt habe, war der Zitronensäurezyklus. Ich weiß nicht, was das ist!“

die im ARD Morgenmagazin vom 4. Juli geseendet wurde, doch sehr betroffen gemacht. Sanktioniert hier doch ein angesehenes deutscher Politiker, dem zudem ein besonderes Interesse an der Bildungsthematik nachgesagt wird, die scheinbare Wertlosigkeit naturwissenschaftlicher Inhalte.

Da wir auf der anderen Seite nicht annehmen, daß diese Interpretation Ihre Intention trifft, würden wir uns sehr freuen, in einen vertiefenden Dialog mit Ihnen über diese, für die Zukunft unseres Landes so wichtigen Fragen einzutreten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Wolfram Koch

◆ Sehr geehrte Herr Professor Koch,

im Namen von Herrn Dr. Westerwelle darf ich mich für Ihr Schreiben vom 11. Juli 2002 bedanken.

Die Intention von Herrn Dr. Westerwelle bei dem ARD-Morgenmagazin Interview vom 4. Juli 2002, war keineswegs die Abwertung naturwissenschaftlicher Kenntnisse.

Das Programm der FDP bekennt sich zu umfassender Bildung auf allen Ebenen, sowie zu Forschung und Lehre.

Ich erlaube mir, Ihnen anbei das FDP-Wahlprogramm 2002 zu schicken.

Schattschneider

D. Schattschneider, Büroleiter

Schreibfehler im Original. Red.

◆ Lieber Herr Pickenhagen,

ich habe diesem Schreiben die Antwort des Büros von Herrn Westerwelle auf mein Schreiben anlässlich der Bemerkung Westerwelles zum „sinnlosen Zitronensäurezyklus“ beigelegt, auf die Sie mich dankenswerterweise hingewiesen hatten. Wie leider nicht anders zu erwarten, ist es dünn und nichtsagend. Dennoch ist es wichtig, solche Äußerungen nicht kommentarlos hinzunehmen und gleichzeitig die Möglichkeit zu nutzen, auch im politischen Umfeld die GDCh als bedeutenden Repräsentant der Chemie ins Gespräch zu bringen.

Ihr
Wolfram Koch

